

**Nahrung 5 Korupter**

**ARON**  
(Pasta Aroni dahil oluklu Aroni)

	dağıl 1kg	heric 1kg
Ayık	1,30	2,25
Çi ayık	1,25	2,15
Alt ayık	1,15	2,05
Be sınıftı	1,05	1,95

Yahud makabılı  
Hastade 6 deka çikar.

Marcname:  
Beyoğlu, Curnal sokak 7  
Telegraf adresi: Tikişpost.  
Telefon: 44.604.  
Posta Kutusu İstanbul 1263

# Türkische Post

**Preis der Blattnummer: 5 Kurus**

**BEZUGSPREIS**

	Inland	Ausland
1 Monat	1,50	2,00
3 Monate	4,25	5,50
6 Monate	8,00	10,00
12 Monate	15,00	18,00

oder Gegenwert  
Erchein wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:  
Beyoğlu, Curnal sokak 7  
Druckerschrift Tikişpost.  
Telefon: 44.604.  
Postfach: İstanbul 1264.

11. Jahrgang Nr. 216

Tageszeitung

Istanbul, Freitag, 11. Sept. 1936

## Die ersten Wirtschaftsgesetze der französischen Volkfront

Vor dem Auseinandergehen des Parlaments hat die französische Regierung die wichtigsten Gesetze des Volksfrontprogramms annehmen lassen können, die damit in einem Abstände von zwei Monaten den Sozialgesetzen folgen. Die neue Gesetzgebung, die umfangreichste, die je in einer so kurzen Zeitspanne in Frankreich geschaffen wurde, zielt auf eine kollektive Organisation oder auf eine Sozialisierung einzelner Wirtschaftszweige und auf eine Kredithilfe für die Industrie, die durch die neuen Sozialgesetze belastet sind.

Das wichtigste der neuen Gesetze ist das über die Organisation des Weizenmarktes. Unter der gemeinsamen Aufsicht des Landwirtschafts- und Finanzministeriums ist das nationale Getreideamt (Office National du Blé) geschaffen worden, eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, die das Monopol des Getreidehandels besitzt, und die auch alljährlich den Preis für Weizen für ganz Frankreich einheitlich bestimmt. Die Preisfestsetzung erfolgt durch das neue Nationalamt auf Grund des Ernteertrages. Damit wird die alte sozialistische Forderung verwirklicht, daß dem Bauern ein von den Schwankungen des Angebots und der Nachfrage unabhängiger „gerechter Preis“ für seine Erzeugnisse zukommen soll.

Als einziges Sozialisierungsgesetz ist bisher das über die Rüstungsindustrie in der neuen Gesetzgebung enthalten. Es macht deren Fabrikation und Handel von einer besonderen Zulassung abhängig und führt eine ständige Kontrolle der Fabrikation, des Verkaufs und des Handels mit Kriegsmaterial ein. Darüber hinaus bestimmt es die gegen Entschädigung vorzunehmende Enteignung der Rüstungsindustrie, und zwar „grundsätzlich eine vollständige Enteignung“, wobei aber für gemischte Betriebe, die teils für die Rüstung und teils für den privaten Bedarf arbeiten, eine staatliche Beteiligung, das heißt nur eine teilweise Enteignung zugelassen ist. Abgesehen von den Nachteilen, die jedem Staatsbetrieb innewohnen, hat damit die französische Regierung die Möglichkeit erhalten, ohne Bemühung der parlamentarischen Gesetzgebungsmaschinerie, von sich aus die Produktionsausweitung der Rüstungsindustrie vorzusehen und die Verlegung der örtlich stark konzentrierten Rüstungsbetriebe zu veranlassen. Eine Ausführungsverordnung zum Nationalisierungsgesetz bestimmt, daß unter Kriegsmaterial alle Waffen, Munition, Kampfwagen, Flugzeuge und deren Motoren und die wichtigsten Einzelteile sowie die Gusschichtvorrichtungen zu verstehen sind. Man erwartet auf Grund dieses Gesetzes die Enteignung der reinen Rüstungsbetriebe, wie zum Beispiel der Schneider-Werke in Le Creusot, nicht dagegen der Teile der Automobilindustrie, die für die Rüstung arbeiten.

Zahlreiche andere Gesetze befassen sich mit dem Ausgleich der Lasten, der für die Industrie nach der neuen Sozialgesetzgebung notwendig geworden ist. Diese Gesetze tragen nur provisorischen Charakter, während der endgültige Ausgleich erst der erwarteten wirtschaftlichen Belebung, der Kaufkraftsteigerung durch die Sozialgesetze, dem Arbeitsbeschaffungsprogramm und der für den Herbst vorgesehenen Steuerreform sowie der Kartellgesetzgebung vorbehalten bleiben soll.

Die zeitlich beschränkte Regelung ist die für den Kohlenmarkt, die nur für eine Geltungsdauer von drei Monaten geschaffen worden ist. Es ist nicht zu dem ursprünglich vorgeschlagenen Zwangssyndikat der Kohlenindustrie mit Einkaufs- und Verkaufskontoren gekommen, wobei die defizitären Betriebe von den gesünderen finanziert werden sollten, und dies deshalb, weil sich heute die Auswirkungen der erst einzuführenden Arbeitswoche von 38 Stunden und 40 Minuten im Bergbau noch nicht überschauen lassen. Die vorläufige Regelung bringt lediglich Subventionen für die defizitären Bergwerksbetriebe und die Festsetzung des Kohlenpreises durch die Behörde.

Vorübergehendes Gepräge tragen gleichfalls die Gesetze über die Kredithilfe und die Zahlungsaufschübe. Ein Gesetz zur Gewährung zeitlich begrenzter Hilfen für die kaufmännischen, industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen

## Türkische Völkerbunds-Abordnung heute nach Genf abgereist

### Warum Deutschland seine Kolonien fordert - Weg nach Madrid steht offen

#### Rosenberg und Dr. Goebbels sprechen in Nürnberg

Deutschland ist auf die Ausfuhr angewiesen — Reorganisation der Rohstoffindustrie — Es geht um Sein oder Nichtsein — Hitler über das Autoritätsprinzip — Großer Appell des Arbeitsdienstes — Fackelzug vor dem Führer

Nürnberg, 10. September (A.A.) In Nürnberg werden die Hauptpunkte der Hitler-Erklärung in Nürnberg über den Vierjahresplan angeführt.

In vier Jahren muß Deutschland in Bezug auf alle Rohstoffe, die irgendwie durch deutsche Leistungsfähigkeit hergestellt werden können, und zwar durch unsere Chemie, unsere Maschinenindustrie und unsere Bergwerke, vom Auslande unabhängig werden. Die Reorganisation dieser deutschen Rohstoffindustrie wird auch die Menschenmassen, die nach der Durchführung des Wieder- aufbauprogramms zur Verfügung stehen werden, beschäftigen.

Wir hoffen, so von neuem die nationale Produktion ausbauen zu können, die Einnahmen, die aus unserer Ausfuhr herrühren, für unsere Lebensmittel- und Rohstoffversorgung zu verwenden. Doch abgesehen von dieser Tatsache kann Deutschland nicht auf die Lösung des Kolonialproblems verzichten. Das Lebensrecht des deutschen Volkes ist genau so groß wie die Rechte der anderen Völker. Es handelt sich hier nicht um Demokratie und Freiheit, sondern um Sein oder Nichtsein. Die Nachwelt wird uns nicht fragen, ob wir in einer kritischen oder bedrohlichen Epoche die demokratische Freiheit gerettet haben, sondern ob es uns gelungen ist, ein großes Volk vor dem politischen und wirtschaftlichen Niedergang zu bewahren.

Nürnberg, 10. September (A.A.) In seiner gestrigen Erklärung rechtfertigte Hitler die deutschen Kolonialforderungen mit der Notwendigkeit der Lebensnotwendigen Rohstoffe, sich Rohstoffe zu verschaffen. Er rechtfertigte den billigen Verkauf der deutschen Erzeugnisse durch die Notwendigkeit, sich Devisen zu verschaffen, die ihm die Einfuhr von unentbehrlichen Gütern erlaubt.

Hitler hob ferner die friedlichen Bemühungen Deutschlands hervor, um das Elend zu bekämpfen. „Wie können andere von einer Not sprechen, die bis beispielweise über 15 bis 20 mal mehr Land auf dem Kopf der Bevölkerung verfügen als Deutschland! Wie können sie von Schwierigkeiten sprechen, da sie über alle Rohstoffe verfügen, die die Erde in den Grenzen ihres Reiches liefert!“

Hitler fügte hinzu, daß es unmöglich sei, für 136 Millionen, die auf einem Quadratkilometer leben, den völligen Lebensunterhalt auf eigenem Boden trotz der Bemühungen um die höchstmögliche Ausnutzung der verfügbaren Lande zu finden. Die Rohstoffe fehlen. Die deutsche Wirtschaft ist also gezwungen, dem Mangel an Lebensmitteln durch industrielle Ausfuhr zu begegnen. Die Ausfuhr muß um jeden Preis erfolgen, da die Einfuhr besonders von Lebensmitteln unvermeidlich ist.

Hitler beklagte sich weiter über das Unverständnis des Auslandes in Bezug auf die Probleme der deutschen Wirtschaft. „Es ist, so führte Hitler aus, ein wahrhaft bedauerndes Beweismittel der Unvernunft, einem Volke vorzuwerfen, daß es billig ausführe, wenn dieses Volk um jeden Preis ausführen muß, um die ihm fehlenden Lebensmittel zu erhalten.“

Hitler erklärte, daß Deutschland derartige wirtschaftliche Schwierigkeiten nicht kennen würde, wenn es nicht vor 15 Jahren so ausgeartet worden wäre, wenn man ihm seine Kapitalien und Kolonien gelassen hätte.

Hitler betonte dann, daß Deutschland durch seine wirtschaftlichen Erfolge im Innern bewies, daß es fähig sei, Kolonien zu verwalten. Er wies darauf hin, daß es Deutschland gelungen sei, die Zahl seiner Arbeitslosen von 6½ Millionen auf 1 Million zu verringern.

#### Kulturtagung

Nürnberg, 10. Sept. (A.A.) Hitler verteidigte in der großen Rede, die er gestern abend auf der Kulturtagung hielt, den Grundsatz der Autorität gegen das Judentum, sieht Kreditgewährung an die bisher solventen, nur durch die Sozialgesetze in ihrer finanziellen Bewegungsfreiheit betroffenen Betriebe vor. Die Kredithilfe darf nicht größer sein als die Mehrbelastung des einzelnen Betriebes durch die Sozialgesetze, und keinesfalls darf sie 12 % der Lohnsumme des letzten Jahres übersteigen. Die Kreditausschüsse, die bei jeder Zweigniederlassung der Bank von Frankreich gebildet werden, haben die Kredite bis zu 100.000 fr. und bis zur Höhe von 6% der Lohnsumme sofort zu bewilligen, und zwar zum Diskontsatz der Bank von Frankreich gegen Dreimonatswechsel, die zweimal verlängert werden können.

Für die Ausfuhr, die durch die neuen Sozialgesetze besonders hart betroffen ist und die im Juli 1936 mit 1,1 Milliarde fr. Ausfuhrwert den niedrigsten Stand seit der Stabilisierung erreicht hat, sind die Kredite auf 3 bzw. 5% der Ausfuhr an halbfertigen bzw. fertigen Waren im letzten Jahre festgesetzt worden; jedoch

#### Tiefer Eindruck in Italien

Mailand, 10. September (A.A.) Die italienische Presse veröffentlichte in jüngeren Ausgaben die Proklamation des Führers. Man hebt in erster Linie hervor, daß Deutschland seine Forderung auf gleiche Lebensrechte wie die anderen Völker wiederholt hat. Die Erklärung, die Rudolf Hess gegenüber den Italienern abgegeben hat, hat einen großen Eindruck hinterlassen.

Hess erklärte, daß die faschistische Partei die mächtigste antibolschewistische Organisation im Ausland sei.

#### San Sebastian vollkommen eingeschlossen

### General Franco besichtigt die Front — Vormarsch auf Toledo wird fortgesetzt — General Mola: Von einer Vermittlung kann keine Rede sein

Burgos, 11. September. Aus dem Hauptquartier der Nationalisten wird gemeldet, daß sich General Franco an die Front nach Talavera begeben hat, um dort die Stellungen seiner Truppen zu besichtigen. Im Anschluß an diese Nachricht wurde eine Mitteilung des Generals veröffentlicht, in der es heißt, daß die Schlacht weitergehe. Die Streitkräfte der Regierung seien zurückgeworfen worden und der Vormarsch auf Toledo werde normal fortgesetzt. Der Weg nach Madrid sei jetzt offen.

Paris, 11. September. Der Pariser „Intransigeant“ meldete gestern, daß San Sebastian von der Landseite von der See her vollkommen eingeschlossen sei. In der Stadt selbst hätten die baskischen Separatisten die Ordnung wieder hergestellt.

„Paris Mid“ berichtet gestern, daß General Franco über San Sebastian gesprochen hat, und ein baskischer Separatist als Polizeipräsident geworden. Es scheint ein Abkommen getroffen worden zu sein, daß die Stadt nach Einnahme der letzten Befestigungen durch die Nationalisten übergeben werden soll.

#### Sevilla, 10. Sept. (A.A.)

Die Aufständischen haben die Regierungstruppen am Albarce-Fluß 10 km von Talavera entfernt geschlagen. Sie töteten 250 Mann der Militärruppen und erbeuteten 350 Gewehre. Die Nationalisten schlugen weiter die Angriffe der Regierungstruppen auf Huesca und Teruel ab.

Madrid, 10. September (A.A.) Der Kriegsminister teilt mit, daß die regierungstreue Artillerie und die regierungstreuen Flugzeuge beständig Oviedo und den Alcazar von Toledo bombardieren. Die regierungstreuen Streitkräfte haben an der Front von Estramadura die Ortschaft Llerena, die sich in den Händen der Aufständischen befand, eingenommen. Artillerie und Infanterie der Regierung beschießen Talavera del Tajo.

San-Sebastian, 10. Sept. (A.A.) Der Berichterstatter der Havas-Agentur meldet, daß sich während der letzten drei Tage die Stellungen nicht geändert haben. Die Aufständischen stehen vor den Toren von Renferia, das sie umzingeln haben. Sie beherrschen alle Straßen, die nach San-Sebastian führen. Die Regierungstruppen marschieren auf Tolosa.

DNB, meldet aus Paris: Der Rundfunksender von Sevilla teilt mit, daß alle Diplomaten Madrid verlassen haben. Der einzige, der auf seinem Posten geblieben ist, ist der neue sowjetrussische Botschafter Rosenberg.

können Unternehmungen, die mehr als 35 % ihrer Produktion ausführen, eine Verdoppelung dieser Sätze verlangen. Bereits subventionierte Betriebe und solche mit Kartellpreisregelung können diese Kredithilfe nicht in Anspruch nehmen. Der Staat garantiert der Bank von Frankreich die auf Grund dieses Gesetzes gewährten Kredite bis zur Höhe von 3,5 Milliarden fr., die im Falle der Nichtrückzahlung nach neun Monaten in den ordentlichen Staatshaushalt eingesetzt werden müssen. Ein zweites Gesetz behandelt die Erleichterung der Mobilisierung der Ausfuhrückstände, denen bereits auf Grund früherer Gesetze die staatliche Garantie zukommt. Hierbei gewährt der Staat eine Zinsvergütung bis zu 2% für die Mobilisierungskosten. Der Gesamtbetrag der vergüteten Zinsen darf jedoch 30 Mill. nicht übersteigen.

Ein drittes Gesetz erweitert die staatliche Garantie für Clearingrückstände.

Ein viertes Gesetz ermächtigt die Regierung, Ausfuhrforderungen gegen aus-

#### Internationale Meerengen-Kommission beendet ihre Arbeiten

Genf, 10. September (A.A.) Der Präsident der internationalen Meerengen-Kommission hat dem Völkerbundssekretariat mitgeteilt, daß die Kommission beschlossen habe, ihre Arbeiten zu beenden, und daß in Zukunft die Türkei aufgrund des Vertrages von Montreux die Aufgaben der Kommission übernehmen werde.

#### Bevorstehende Aussprache zwischen Dr. Aras und Metaxas

Die türkische Abordnung, die an der Sitzung des Völkerbundsrates teilnehmen wird, reiste heute früh um 9 Uhr mit dem Dampfer des Lloyd Triestino nach Genf ab. Den Vorsitz der Delegation führt nach Genf ab. Den Vorsitz der Delegation führt Außenminister Dr. Aras. Weiter gehören der Abordnung im Innenminister Şükrü Kaya, der Generalsekretär des Büros des Staatspräsidenten, Hasan Rıza, und der Abgeordnete von Sivaz, Necmeddin Sadaq.

Die griechische Regierung ist von der Durchreise des türkischen Außenministers Dr. Aras durch Griechenland unterrichtet worden. Der Unterstaatssekretär im Außenministerium ist beauftragt worden, den türkischen Minister im Piräus willkommen zu heißen. Auch der griechische Ministerpräsident Metaxas wird die Gelegenheit wahrnehmen, Dr. Aras zu besuchen, und mit ihm alle Fragen besprechen, die die beiden Länder angehen.

#### Die Türkei-Reise des französischen Ministerpräsidenten

Ankara, 10. September (A.A.) Die Zeitungen geben das Gerücht wieder, demzufolge Ministerpräsident Blum demnächst der Türkei einen Besuch abstatten wird. Die Antulische Nachrichtenagentur, die sich auf die von den zuständigen Stellen abgegebenen Mitteilungen bezieht, erklärt, daß über die Möglichkeit dieses Besuches noch keine Meldung vor-

#### Kurzmeldungen vom Tage

Der Aufenthalt des englischen Königs in Wien wird wahrscheinlich bis Sonntag verlängert werden.

Die Tatsache, daß der ehemalige König von Spanien gegenwärtig in der Nähe von Wien weilte, hat Gerüchte aufkommen lassen, denen zufolge eine bedeutsame Aussprache zwischen dem ehemaligen König von Spanien und König Edward stattfinden wird. Die Gerüchte haben noch keine Bestätigung erfahren.

Die Streikbewegung in Nordbrabant dehnt sich aus. Die Textilfabriken sind in der Umgebung von Lillo von den Streikenden besetzt worden. Auf allen Werkgebäuden sind rote Fahnen gehißt.

Der Generalsekretär der polnischen Armee, General Rydz-Śmigły, ist in Warschau wieder eingetroffen. Auf allen Stationen, die der Zug in Polen berührt, wurde dem General von der Bevölkerung ein begeisterter Empfang bereitet. In Warschau empfingen ihn der Ministerpräsident, Außenminister Beck und die anderen Regierungsmitglieder.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Monat August um weitere 72.000 zurück-

dem Inkrafttreten des Gesetzes fällig gewordenen Schulden erfolgen.

Ferner ist die Bekämpfung ungerechtfertigter Preissteigerungen, die sich bisher auf Kleinhandelspreise beschränkte, durch Gesetz auf alle Preise ausgedehnt worden. Zu diesem Zweck ist eine Preisüberwachungsstelle unter Vorsitz des Wirtschaftsministers ins Leben gerufen worden, dessen departementale Ausschüsse unter dem Vorsitz der Präfekten stehen. Die Preise für die lebenswichtigen Produkte, aber auch alle Fabrikations- und Großhandelspreise, sollen — bei Zubilligung eines angemessenen Gewinnes — kontrolliert werden.

Die Gesamtheit der neuen Gesetze, die zu zahlreichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Kammer und Senat führten, sind bis auf das Weizen- und das Rüstungsgesetz als reine Uebergangsmassnahmen anzusehen, die die Wiederherstellung des inneren Gleichgewichts der französischen Wirtschaft beschleunigen sollen.

#### Die türkische Flotte besucht die englische in Malta

Istanbul, 10. September (A.A.) Auf Einladung der englischen Flotte wird sich unsere Flotte zu einem Gegenbesuch nach Malta begeben. Der Besuch wird Mitte November stattfinden.

Auf der Rückfahrt wird die türkische Flotte der griechischen Flotte einen Besuch abstatten.

#### Mitte Oktober wird Ismet İnönü nach London reisen

Wie die „Cumhuriyet“ zu berichten weiß, wird sich spätestens im Laufe des Monats Oktober eine türkische Abordnung zu einem offiziellen Besuch nach London begeben.

Die Abordnung wird vom Ministerpräsidenten General Ismet İnönü geführt werden. Außerdem werden die Minister des Außenwesens und der Wirtschaft, der Chef des Großen Generalstabes, der stellvertretende Generalstabes, die Unterstaatssekretäre der Ministerien der Finanzen, der Marine und der Generalsekretär des Außenministeriums angehören. Die Abordnung wird sich auf der Rückreise auch in Paris aufhalten.

Bei dem Besuch in London werden Besprechungen über alle finanziellen und wirtschaftlichen Fragen beider Länder geführt werden.

#### Englische Gewerkschaften für Nichteinmischung

Der Kongreß der englischen Gewerkschaften in Plymouth nahm mit allen außer sieben Stimmen eine Entschließung an, in der die Nichteinmischung in Spanien, gleichzeitig jedoch die größte Wachsamkeit im Hinblick auf die künftigen Ereignisse empfohlen wird.

Eine weitere Entschließung besagt, daß die Gewerkschaftsbewegung der Regierung bei der Mobilisierung im Falle eines Krieges keinerlei Hilfe leisten, sondern einem derartigen Versuch Widerstand entgegenzusetzen werde.

#### Unterzeichnung des französisch-syrischen Vertrages

Im Uhrensaal des Quai d'Orsay fand die feierliche Paraphierung des französisch-syrischen Vertrages durch den Unterstaatssekretär im französischen Außenministerium, Vieux, und den Vorsitzenden der syrischen Abordnung, Hassan Bey Ossi, in Gegenwart des Ministerpräsidenten Blum und zahlreicher Persönlichkeiten aus beiden Staaten statt.

Anläßlich der Unterzeichnung des französisch-syrischen Vertrages prangen alle Städte und Ortschaften in Syrien im Haggenschmuck. Die öffentlichen Gebäude sind geschmückt.

Die syrische und libanesischen Presse beglückwünscht die französisch-syrischen Unterhändler und drückt den Wunsch aus, daß sich die Verhandlungen zwischen Frankreich und dem Libanon in der gleichen Form durchzuführen werden.